

Berlin, Sonnabend,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

**Bezugs-Preis:**

vierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postlohn, für ganz Deutschland 9 Mk. Österreich 13 Kr. 80 Heller, Russland 4 Rub. 50 Kop., Holland 7 fl. 50 Gld., Schweiz 12 Fr. 40 Cts., Dänemark, Schweden u. Norwegen 9 Kr.

Für Frankreich, Belgien, England, Amerika u. Australien-Continent 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: Für England in London bei Siegle & Co. Ltd. 129 Redenhall Street E.C. und Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

# Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Ergänzungen zum Kurszettel.

Kupon-Kalender.

Vollständige Diebstahlslisten der Feuch.-Bidd. Klassenlotterie.

Allgemeine Verlosungsstabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

**Insertions-Gebühr:**

Die vierspaltige Zeile 60 Pf. Restamtzeit 1.20 Mk.

Telegraphische Adressen: **Börsenbeite.**

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8, Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Verantwortlicher: **Zentrum, Nr. 243.**

## Dom Tage.

Die bayerische Kammer der Reichsräte nahm gestern die Regierungsvorlage betreffend die Vereinfachung der Regentenschaft einstimmig an.

Der zeitlich in Paris weilende russische Ministerpräsident Kowrow äußerte sich einem Berichtserfasser gegenüber eingehend über die Balkanangelegenheit.

Nach einer Meldung aus Habana ist Felix Diaz unter der Beschuldigung, den Mexikaner Guerrero verurteilt zu haben, verhaftet worden.

Die Webwarenabteilung des Kaiserlichen Patentamts entschied, daß das grundlegende Patent, das die Kampe mit geogenem Wolframdraht schützt, definitiv erteilt werde.

## Ministerpräsident Hingghaling über die Lage in China.

Mit der Unterdrückung der zweiten Revolution war die definitive Wahl Finanzminister zum ersten Präsidenten der Republik China gesichert. Sie erfolgte denn auch mit großer Mehrheit, und die Uebernahme des höchsten Amtes des neuen Staatswesens durch den höchsten Mann von Peking war endlich der Anfang gesicherter Entwicklungsmöglichkeiten in dem Kaiserreich der Mitte. Wohlverstanden, erst der Anfang! Zwei Nebelhände gibt es zunächst zu überwinden: die Finanznot und den losen Zusammenhang der Zentralregierung mit den Provinzialverwaltungen. Für eine günstige Gestaltung beider wird die demnächst zu beratende Verfassung von ausschlaggebender Bedeutung sein; denn durch sie erst werden die Machtbefugnisse der Zentralregierung und des Parlaments genau festgelegt werden. Die Abgrenzung dieser Machtbefugnisse aber wird entscheidend sein für die weitere Entwicklung Chinas. Es ist über deren Aussehen vielerlei geschrieben und gesagt worden, Optimistisches und Pessimistisches. Nur von chinesischer Seite hat man wenig gehört und von den verantwortlichen Stellen in China am wenigsten. Um so wertvoller ist eine ausführliche Darstellung der Lage, die der chinesische Ministerpräsident kürzlich einem bekannten Berliner Journalisten, Herrn Georg Schweiger, in Peking gegeben hat. Herr Schweiger berichtet darüber in einem Briefe aus Peking, 18. Oktober 1913:

Bei Gelegenheit eines Empfangs im Auswärtigen Amte wurde ich dem Ministerpräsidenten Hingghaling vorgestellt. Ich hat ihn, mir eine Unterredung über einige politische Fragen zu gewähren, und er versprach mir in liebenswürdigster Weise, mich zu benachrichtigen, wann ich zu ihm kommen dürfte. Schon am nächsten Tage erhielt ich eine Karte mit der Bitte, noch an demselben Tage bei ihm vorzusprechen. Das Kabinett ist jetzt im westlichen Teile der verbotenen Stadt in dem Gebäudekomplex untergebracht, in dem vor der Abdankung der Mandchus der Prinzregent zu wohnen pflegte und wohin er sich völlig zurückzog, als es ihm in seinem im Norden der Latarenstadt gelegenen Palaste nicht mehr ganz sicher erschien. Die Gebäude stehen fast unmittelbar an die Wohnung des Präsidenten der Republik an, sind aber von ihr durch eine übermannshohe Mauer getrennt. Eine kleine Tür führt in die Wohnung des Präsidenten; sie wird verschlossen gehalten und ist militärisch besetzt. Nur dann wird sie geöffnet, wenn der Präsident der Republik dem Ministerpräsidenten befehligt, einzelne Kabinettsmitglieder vorzulassen.

Hingghaling empfing mich also in diesem Gebäude. Zunächst gab's den üblichen Tee. Nach kurzer Zeit erschien dann der Sekretär des Ministerpräsidenten,

den ich mit den Fragen befaßt machte, um deren Beantwortung ich den Ministerpräsidenten bitten wollte. Bevor wir eine weitere Unterhaltung eingehen konnten, erließ der Ministerpräsident selbst. Nach freundlicher Bewillkommung fragte er mich gleich nach meinen Wünschen und hob hervor, daß er es seit Jahren für richtig gehalten habe, sich mit der Presse ins Einverständnis zu setzen, damit diese stets genau unterrichtet sei. Der Ministerpräsident sieht infolge der außerordentlichen Anstrengungen der letzten Zeit etwas abgemattet aus; seine Augen blicken aber unter der hohen Stirne recht klar und lebhaft. Sein Sekretär, der fließend englisch spricht, macht den Eindruck eines klugen, gebildeten Mannes, und nur die chinesische Tracht, die sowohl er wie der Ministerpräsident während der Unterredung trugen, ließen die Chinesen erkennen. Das Empfangszimmer war im äußersten vollkommen chinesisch, die Decke und die Wände waren durch reiche Sandelholzschmuckereien geziert. Dagegen waren die Möbel im Wienermeierstil gehalten und sichtlich erst vor ganz kurzer Zeit angeschafft worden.

Ich berührte zunächst die wichtigste Frage, die gegenwärtig das innere Leben Chinas bewegt, nämlich ob die Verfassung noch bis zu Ende des Jahres durchberaten und Gesetz werden wird. Der Ministerpräsident überlegte einige Augenblicke und gab dann folgendes zur Antwort: Alles hängt davon ab, ob das Parlament zu chinesischem Neujahr oder schon vorher in die Ferien gehen wird. In letztem Falle dürfte es kaum möglich sein, die Verfassung bis zu Jahresabschluss gezeitigt zu machen. Sehr viele Parlamentsmitglieder wohnen so weit von Peking entfernt, daß sie teilweise wochenlang vor dem chinesischen Neujahr aufbrechen müssen, um am Neujahrstage in ihrer Heimat zu sein. Soweit ich die Sache augenblicklich übersehe, wird es kaum möglich sein, vor April nächsten Jahres mit der Verfassung zu Ende zu kommen.

Hieran knüpfte ich die Frage, ob das derzeitige Kabinett, nachdem die Verfassung Gesetz geworden sei, im Amte bleiben würde. Der Minister erwiderte, das Kabinett bestände sich mit seiner politischen Anschauung in vollkommener Harmonie mit der des Präsidenten. Nachdem die Verfassung angenommen sei, würde aber immerhin noch die Zustimmung des Parlaments zu seinem Verbleiben im Amte erforderlich sein. Es hinge ganz davon ab, ob dann das Kabinett den Beifall und die Zustimmung des Parlaments finden werde.

Da der Ministerpräsident im vorigen Kabinett das Ressort des Finanzministeriums innegehabt hat, stellte ich weiter an ihn die Frage, wie er sich die Regelung der Finanzverhältnisse Chinas dachte, insbesondere ob er glaubte, daß in absehbarer Zeit die Provinzial-Regierungen wieder wie zu Zeiten der Mandchu-Dynastie ihre regelmäßigen jährlichen Beiträge zu den Kosten der Zentralregierungsverwaltung überenden würden. Hierauf erwiderte der Präsident: Sie haben wohl gehört, daß die Beiträge auch während der letzten Unruhen in China von den Nordprovinzen ziemlich regelmäßig eingegangen sind. Im Süden des Landes ist es schlechterdings unmöglich gewesen, weil gerade die südlichen Provinzen durch die Wirren der ersten und zweiten Revolution schwer heimgesucht worden sind. Wird aber erst vollständig wieder Ruhe im Lande sein und werden an den Spitzen der reichen Sübprovinzen lokale Gouverneure stehen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Sübprovinzen die Zentralregierung mit ihren jährlichen Zuschüssen nicht im Stiche lassen werden. Auf meine Zweifel, ob diese Einkünfte genügen dürften, die Kosten der Zentralregierung zu decken, erwiderte der Präsident, daß aller Voraussicht nach noch andere Hilfsquellen geschaffen werden müßten. Man arbeite in China schon lange an der Erhöhung des Einfuhrzolles und Abschaffung des Opiums. Es sei bereits eine Kom-

mission eingesetzt worden, um diese Angelegenheit so vorzubereiten, daß sie den beteiligten fremden Mächten vorgelegt werden könnte. Durch Erhöhung der Importtarife und durch eine eventuell aufzunehmende innere Anleihe könnten dann die Bedürfnisse der Zentralregierung leicht gedeckt werden. Bis es soweit kommt, wird vielleicht, mit Zustimmung des Parlaments, nochmals zu einer ausländischen Anleihe als Zusatzmittel geiffen werden müssen.

Hierauf kamen wir zu der äußeren Politik Chinas. Zunächst zu den Beziehungen zu Deutschland. Der Ministerpräsident hob hervor, daß er vor mehreren Jahren selbst in Deutschland gewesen sei und aus eigener Erfahrung Land und Leute kennen gelernt habe. Er habe, nachdem er auch andere Länder bereist hätte, die Beobachtung gemacht, daß den deutschen Erzeugnissen im Vergleich zu den anderer Länder der Vorrang gebühre, hauptsächlich was Maschinen und Maschineneinrichtungen angehe. Dieses Uebergewicht gebe Deutschland die Möglichkeit, seinen Export-Handel nach China stetig zu heben. Es liege in Chinas Interesse, auch im übrigen seine Beziehungen zu Deutschland immer enger zu gestalten, zum Nutzen beider Länder. Mit Japan stände China auf freundschaftlichem Fuße, nachdem die letzten Meinungsverschiedenheiten, die noch aus der Revolution herrührten, zur beiderseitigen Zufriedenheit glatt erledigt worden seien. China sei vorläufig zu schwach, um sich in kriegerische Verwickelungen einzulassen. Japan aber sei China so nahe benachbart, daß es für beide Länder das vorteilhafteste sei, miteinander in Frieden zu leben. Die noch immer schwebenden Verhandlungen mit Rußland über die mongolische Frage dürften sehr bald zu einem beide Nationen zufriedenstellenden Ergebnisse kommen. Sei dies geschehen, so dürfte, nachdem den unruhigen Mongolenherden Rußlands Unterstützung durch Waffen und Munition fehle, die Zurücktreibung und Unterdrückung der mongolischen Unruhen nicht zu lange auf sich warten lassen.

Schließlich interessierte mich noch die Frage, wer auf den Posten des Gouverneurs von Schantung kommen dürfte. Es heißt ja, daß er mit dem Heubgen Changhai, der leghin zur Unterdrückung der zweiten Revolution mit seinen tapferen, aber etwas verwilderten Truppen viel beigetragen habe, besetzt werden solle. Der Präsident äußerte dazu, daß eine endgültige Bestimmung darüber, wer Gouverneur in Tsinanfu werden sollte, noch nicht getroffen sei. Er persönlich glaube, daß Changhai nicht dorthin kommen dürfe, ebensowenig General Feng-tschang.

Schließlich stellte der Ministerpräsident einige Deutschland berührende politische Fragen, auf die ich, soweit ich es von hier aus konnte, Antwort gab. Nach einer mehr als einstündigen Unterredung verabschiedete ich mich dann von den Herren, und der Minister bemerkte noch ausdrücklich, daß ich, wenn ich nach Berlin zurückgekehrt sei und ich irgendwelche Wünsche hätte, sie ihm ohne weiteres mitteilen sollte; er wäre gern bereit, mir auch schriftlich Befehle zu geben. Am Nachmittag erwartete mich noch eine besondere Ueberraschung: der Minister ließ mir seine Photographie mit einer liebenswürdigen Dedikation überreichen.

## Telegramme.

**Prag, 7. November.** (C. T. C.) Zweitausend Hörer der tschechischen technischen Hochschule beschlossen, bis Mittwoch den Vorlesungen fernzubleiben. Sie verlangten telegraphisch von der Regierung, daß den baulichen Mischständen der Hochschule, in der vor kurzem die Rede eines Sozialisten eingeschätzt ist, abgeholfen werde. Nach der Verlesung zogen die Teilnehmer zur Hochschule, wo sie lärmende Kundgebungen veranstalteten. Aus den Hörsälen wurden keine Gegenstände auf die Straße geworfen, wodurch zwei Wachleute leicht verletzt wur-